

Bern, 20. Mai 2011

Offener Brief zur Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an politischen Veranstaltungen

Guten Tag

Am 24.05.2011 wird in Bern ein Schülerstreik gegen Atomkraftwerke stattfinden. Die Union der Schülerorganisation der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein (USO) nimmt dies zum Anlass, zum Thema der Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an politischen Veranstaltungen Stellung zu beziehen.

In einem Land mit einer derart ausgeprägten und in der Bevölkerung verankerten demokratischen Tradition wie der Schweiz ist die Partizipation aller Menschen an den politischen Prozessen eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren des Staates. Die Tatsache, dass nur stimmberechtigt ist, wer das 18. Lebensjahr zurückgelegt hat, bedeutet nicht, dass jüngere Menschen keine Meinung haben. Ebendiese Meinung, insbesondere ihre Verbreitung, ist durch Artikel 16 der Bundesverfassung gewährleistet. Zudem garantiert Artikel 22 der Bundesverfassung die Versammlungsfreiheit. Indem Schülerinnen und Schüler unter Androhung von Sanktionen verpflichtet werden, zum Zeitpunkt der Streiks die Schule zu besuchen, werden ihre Grundrechte verletzt.

Wir fordern deshalb die Schulen auf,

- Schülerinnen und Schüler, welche aufgrund einer politischen Aktivität dem Unterricht zeitweise nicht beiwohnen können, nicht zu bestrafen;
- die Jugendlichen politisch besser zu bilden als bisher;
- das politische Engagement von Jugendlichen zu fördern.

Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass es uns nicht darum geht, zu energiepolitischen Fragen Stellung zu beziehen. Zu dieser Frage nehmen wir als Organisation im Bildungsbereich keine Stellung. Es geht uns einzig und allein darum, das politische Engagement von Schülerinnen und Schülern zu unterstützen.

Freundliche Grüsse,

Michael Stampfli
Generalsekretär